



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 29.07.2022 bis 05.08.2022

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Flucht, Trauma, Heilung	3
Deutschland: Bluttests und Suizidprävention: Zwei gute Nachrichten	4
Deutschland: Jüdische Gemeinden schrumpfen	5
Iran: Gefangene des Monats August	6
Iran: Todesurteil gegen deutsch-iranischen Journalisten erwartet	7
Iran: Vier Christen nach Razzia inhaftiert	9
Israel: Dauerhafte Lehlizenz entzogen - Hetze gegen Israel	10
Israel: Medienbericht - Iran verhaftet Baha'i-Anhänger	11
Japan: Bischöfe fordern Abschaffung der Todesstrafe	12
Katar: Gewaltverherrlichende antichristliche Inhalte in Schulbücher	13
Kongo: Freiheiten unter Beschuss	14
Libanon: Die Krisen bleiben, die Hoffnung aber auch	15
Nepal: Pastor Keshav in der Berufung verurteilt	16
Nepal: Update über Pastor Keshab	17
Nigeria: Sieben Christen bei islamistischem Anschlag getötet	18
Nordkorea: Versorgungslage wird als katastrophal eingeschätzt	19
Sudan: 4 christliche Konvertiten angeklagt	20
Türkei: Islamistische Indoktrination im Bildungswesen	22
USA: Der Kampf um die Abtreibungsgesetze geht weiter	23
USA: „Entgleisung“: ZDF-Journalist spricht von „Talibanisierung Amerikas“	24
Usbekistan: Haftstrafe wegen Lesens von religiöser Literatur und Glaubensverbreitung	25

# Äthiopien: Flucht, Trauma, Heilung

(AVC) Menschen, die aufgrund von ethnischen Konflikten aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben werden, leiden unter den traumatischen Erfahrungen und brauchen Heilung. Die Gemeinden, die sich um sie kümmern, stellt das vor eine große Herausforderung. Denn die Vertriebenen bringen viele Probleme und Sorgen mit, die auch die Gemeindeleiter belasten.

Deshalb planen unsere Partner Traumaheilungsprogramme, in denen die Pastoren, Älteste und Diakone im Umgang mit den Betroffenen geschult werden. Die Ausbildung stärkt ebenso die geistlichen Leiter. Unter diesen gibt es einige, die in der Vergangenheit selbst von den Konflikten betroffen waren, überfallen wurden oder sogar ihre Familien verloren haben. Diese Erfahrungen quälen und sie brauchen Heilung von Gott, damit sie ihren Dienst unbelastet weiterführen können.

Wir beten

- ... für seelische Heilung der Vertriebenen,
- ... dass diese ihre Herzen für Jesus öffnen,
- ... um Weisheit für die Gemeindeleiter im Umgang mit den Betroffenen,
- ... dass die Programme tiefgreifende Veränderungen bringen.

# Deutschland: Bluttests und Suizidprävention: Zwei gute Nachrichten

**Neben ethisch fragwürdigen Entscheidungen der Ampel-Koalition gibt es nun auch zwei bemerkenswerte überfraktionelle Initiativen im Bundestag, findet Uwe Heimowski.**

Viele gesellschaftspolitische Entscheidungen der Ampel-Koalition sind ethisch fragwürdig. Aber nun gibt es zwei bemerkenswerte, überfraktionelle Initiativen im Bundestag. Die Arbeitsgruppe zur Pränataldiagnostik um Michael Brand, Hubert Hüppe, Sabine Weiss, Stephan Pilsinger (alle CDU/CSU), Pascal Kober (FDP), Sören Pellmann (Die Linke), Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen) und Dagmar Schmidt (SPD) erklärt in einer Pressemitteilung, dass „das pränatale Screening auf Trisomie auf keinen Fall zur Routine in der Schwangerschaft werden darf.“ Sie kritisieren, dass ein Trisomie-Bluttest seit dem 1. Juli Kassenleistung geworden ist. Und sie kündigen an, dass „die Debatte um Zulassung und Nutzung solcher Screenings damit nicht beendet“ sein wird. Die Evangelische Allianz unterstützt diese bemerkenswerte Initiative. Denn machen wir uns nichts vor: Die Bluttests haben keine heilende Funktion, sondern führen zu einer Auslese von Kindern mit Behinderungen. Wer Menschen- und Behindertenrechte ernst nimmt, kann das nicht zulassen.

Das zweite Thema betrifft die Suizidprävention. Dazu hat Lars Castellucci (SPD) im Rahmen der Neuregelung des assistierten Suizids einen überparteilichen Antrag eingebracht, in dem er konkrete Maßnahmen vorschlägt. Für Christen ist das Engagement für körperlich und seelisch kranke Menschen seit Jahrhunderten selbstverständlich. Jeder Mensch hat als Geschöpf Gottes die gleiche Würde. Die geforderte Stärkung von Hospizen und palliativmedizinischer Betreuung ist der richtige Weg. Denn Selbstbestimmung, wie sie das Verfassungsgericht fordert, ist nur da möglich, wo wir Menschen in ihren Krisen und am Ende ihres Lebens nicht alleine lassen.

(Der Autor, Uwe Heimowski (Berlin), ist Politikbeauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz.)

# Deutschland: Jüdische Gemeinden schrumpfen

## Die Gemeinden werden älter und kleiner

Frankfurt am Main (IDEA) – Die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist im vergangenen Jahr erneut gesunken. Das geht aus der Statistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST/Frankfurt am Main) hervor. Demzufolge hatten die jüdischen Gemeinden im Vorjahr 91.839 Mitglieder (2020: 93.695). Wie der Publizist und Autor Chajm Guskı (Gelsenkirchen) auf der ZWST-Internetseite schreibt, entspricht der Rückgang dem Trend der vergangenen Jahre: „Die Gemeinden werden insgesamt älter und kleiner.“ Die Anzahl der Menschen über 80 Jahren sei von 13 auf 15 Prozent gestiegen, die Anzahl der Geburten weiter zurückgegangen. Den Höhepunkt der Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland nach dem Holocaust gab es der Statistik zufolge im Jahr 2006 mit 107.794 Mitgliedern. Seither ist die Mitgliederzahl jedes Jahr gesunken. Die Zahl der Austritte lag 2021 bei 337 (2020: 409). Die Zahl der Todesfälle (1.759) übertraf bei weitem die Zahl der Geburten (203). Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ist der soziale Dachverband von 104 jüdischen Gemeinden in Deutschland. Nicht alle jüdischen Bürger schließen sich einer jüdischen Gemeinde an: Laut den Schätzungen der [„Berman Jewish Databank“](#) gehörten 2020 insgesamt 118.000 Personen zur „Jüdischen Kernbevölkerung“ (Core Jewish Population/CJP) in Deutschland. Damit handele es sich um die achtgrößte jüdische Gemeinschaft der Welt.

# Iran: Gefangene des Monats August

Drei evangelische Christen sind im Gefängnis, weil sie ihren Glauben wechselten



Ahmad (Youhana) Sarparast (25), Ayub Pourrezazadeh (28) und Morteza Mashoodkari (38)

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangene des Monats August“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA drei Christen im Iran benannt. Es handelt sich um Ahmad (Youhana) Sarparast (25), Ayub Pourrezazadeh (28) und Morteza Mashoodkari (38). Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, sich für die ehemaligen Muslime mit Hilfe von Appellen an die iranische Führung einzusetzen und für sie zu beten. Sie gerieten ins Fadenkreuz des Regimes, weil sie den christlichen Glauben angenommen haben. Nach Razzien am 8. Mai dieses Jahres in ihren privaten Wohnungen wurden die Mitglieder der evangelischen „Kirche des Iran“ festgenommen. Die Männer waren erstmals während eines Gebetstreffens am 5. September abgeführt und dann einer Gehirnwäsche ausgesetzt worden – mit dem Ziel, sie zum Islam zurückzuführen. Die Behörden werfen ihnen „Propaganda für einen abweichenden, dem islamischen Recht widersprechenden Glauben“ vor. Auf diese Weise dienten sie angeblich „fremden Mächten“. Am 9. April 2022 verurteilte das Revolutionsgericht in Rascht die Konvertiten zu jeweils fünf Jahren Gefängnis. Ende Juni bestätigte eine höhere Instanz dieses Urteil. Die IGFM und IDEA bitten darum, die iranische Führung in Briefen daran zu erinnern, dass sie sich mit der Ratifizierung des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ zur Achtung der Religionsfreiheit verpflichtet hat. Das Vorgehen gegen die drei Christen, weitere Mitglieder der „Kirche des Iran“ und viele andere ehemalige Muslime, die sich dem Christentum zugewandt haben, steht dazu im deutlichen Widerspruch. 95 Prozent der knapp 84 Millionen Einwohner des Iran gehören zum schiitischen Zweig des Islams. Der Anteil der Christen liegt bei unter einem Prozent.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

# Iran: Todesurteil gegen deutsch-iranischen Journalisten erwartet

## Schauprozess ohne Wahrheit und Recht - keine Prozessbeobachtung durch deutsche Diplomaten

IIRF-D/IFMAT/IGFMTeheran / Los Angeles / Frankfurt am Main, 31.07.22 - **Jamshid Sharmahd**, vom iranischen Geheimdienst entführter deutsch-iranischer Journalist und politischer Aktivist, sollte am vergangen Dienstag, d. 28.7.2022 vom Revolutionsgericht in Teheran verurteilt werden. Darauf weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hin. Vieles deutet darauf hin, dass das Todesurteil gegen Sharmahd, der ohne eigenen Verteidiger vor dem Revolutionsgericht steht, bereits beschlossen ist. Anscheinend ist das Urteil noch nicht gefällt.

Der inhaftierte Jamshid Sharmahd mit doppelter Staatsbürgerschaft hat in der sechsten Sitzung seines Prozesses vor der Abteilung 15 des iranischen Revolutionsgerichts jegliches Fehlverhalten abgestritten.

Der 67-jährige zweifache Familienvater war im August 2020 bei einem Zwischenstopp in Dubai entführt worden. Sharmahd, deutscher Staatsbürger und seit 2003 in den Vereinigten Staaten ansässig, wird von der Islamischen Republik wegen seiner Verbindungen zur Oppositionsgruppe Tondar (Donner) der "Korruption auf Erden" beschuldigt.

Der Gründer eines Softwareunternehmens wurde nach einer Reihe von Schicksalsschlägen Mitte bis Ende der 2000er Jahre Sprecher des Fernsehsenders von Tondar in Kalifornien. Das iranische Regime hat Tondar einseitig beschuldigt, hinter dem Bombenanschlag auf eine Moschee in Shiraz im Jahr 2008 zu stecken, bei dem 12 Menschen getötet wurden.

Den Vorsitz bei der Anhörung am Dienstag führte erneut Richter Abolghasem Salavati, ein Regimetreuer, der einige der berüchtigtsten Prozesse im Iran geleitet hat, darunter die Prozesse gegen Geiseln mit doppelter Staatsangehörigkeit und entführte Dissidenten wie Ruhollah Zam.

Salavati zählte erneut die Anschuldigungen gegen Scharmahd auf und behauptete, er sei für die "Führung der Tondar-Gruppe", die "Planung von Attentaten auf Beamte" und die "Planung und Leitung von Terroranschlägen" verantwortlich - einschließlich des Bombenanschlags auf die Moschee in Schiraz und einer ganzen Reihe anderer angeblicher Vorfälle in den letzten zehn Jahren. Der IRGC hat ihn auch der Terrorismusfinanzierung beschuldigt.

Scharmahd wies alle in der Anklageschrift aufgeführten Vorwürfe zurück. Zu seiner eigenen Verteidigung sagte er in der letzten Sitzung des Gerichts, wie er mit Tondar in Verbindung gebracht wurde: "Ich habe 2002 in den USA ein Softwareunternehmen gegründet. Ich interessierte mich für Themen, die mit der Geschichte des Irans und des Islams zu tun hatten, und förderte sie."

Er sagte, eine Person namens Majid Rastgoo habe ihn vor dem Bombenanschlag 2008 kontaktiert und ihm gesagt, er habe "ein Projekt, das er durchführen wolle".

Damals, so Sharmahd, habe er Rastgoo gesagt: "Erzählen Sie mir von dem Projekt, wenn es abgeschlossen ist." Er sagte, er wisse nichts über die Einzelheiten.

Während seiner Inhaftierung, so wurde Sharmahd gesagt, habe er ein Dokument unterzeichnet, in dem er die Verantwortung für den Bombenanschlag übernahm. Er antwortete: "Ja. Aber ich habe nichts getan."

Seit seiner Rückkehr in den Iran im Sommer 2020 wird Sharmahd, der an der Parkinson-Krankheit leidet, in Einzelhaft gehalten und darf nur sporadisch und unter Aufsicht Kontakt mit seiner Familie haben.

Ein Videoclip, der ihn mit verbundenen Augen zeigt, wie er den Anschlag von 2008 "gesteht", wurde kurz nach seiner Verhaftung auf PressTV, dem englischsprachigen Zweig von IRIB, ausgestrahlt. Dies führte zu wachsenden Befürchtungen, dass das Verfahren gegen ihn unter politischem Druck steht und dass die Aussagen erzwungen wurden.

Amnesty International bezeichnete den Prozess als "grob unfair" und fügte in Bezug auf Scharmahds Fall hinzu "Er wird seit über acht Monaten willkürlich im Iran festgehalten, zeitweise unter Umständen, die dem Verschwindenlassen ähneln, ohne Zugang zu einem unabhängigen Anwalt seiner Wahl und ohne konsularischen Beistand."

Auf den Vorwurf der "Korruption auf Erden" steht im Iran die Todesstrafe. Sharmahds Kinder haben wiederholt erklärt, sein Prozess sei eine "Show" mit einem vorherbestimmten Ergebnis. Der Anwalt der Familie, Jason Poblete, hat erklärt, dass er bereits 2009 Gegenstand eines von Teheran unterstützten Attentats war.

In einem Beitrag auf Twitter schrieb Tochter Gazelle Sharmahd am Montag: "Der Anwalt hat meine Familie informiert, dass die letzte Sitzung des Prozesses gegen meinen Vater morgen um 9 Uhr Teheraner Zeit stattfinden wird. Die Islamische Republik bereitet sich auf seine vorsätzliche Ermordung vor." Der Ausgang der Verhandlungen ist noch nicht bekannt.

„Der angeklagte Journalist Jamshid Sharmahd ist bereits öffentlich vorverurteilt, es gibt für ihn keinerlei Rechtsstaatlichkeit. Die iranischen Ankläger und das Revolutionsgericht nutzen jeden der bisher fünf Verhandlungstage, um mit Hilfe regimetreuer Medien, die aus dem Gerichtssaal berichten, Stimmung gegen den Angeklagten zu machen. Dagegen durfte an keinem Prozesstag gegen den deutschen Staatsbürger ein Beobachter der deutschen Botschaft teilnehmen. Die iranische Seite schiebt die Verantwortung dafür den deutschen Diplomaten zu, die es bisher versäumt hätten, entsprechende Anträge beim iranischen Außenministerium zu stellen“, kritisiert Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM.

#### **Gazelle Sharmahd, die Tochter des Angeklagten erklärt:**

*Jeden Bürger, dem Menschenrechte am Herzen liegen, sollte es zutiefst entsetzen, dass ein Regime internationale Gesetze bricht, um Journalisten aus dem Ausland zu entführen, sie zu foltern, und diese durch Propaganda und schamlose Lügen in einem mittelalterlichen Schauprozess durch Staatsmord zum Schweigen zu bringen.*

*Mein Vater hat seit zwei Jahren keinen Kontakt zur Außenwelt, er hat 40 Pfund an Gewicht verloren, ihm sind fast alle Zähne ausgefallen und er kann kaum noch richtig gehen. Kein Mensch verdient es, als Druckmittel in einem politischen Spiel benutzt zu werden. Es gilt im Iran unter dem Propagandaapparat des Regimes kein Gesetz, kein Recht und keine Wahrheit. Das Regime versucht seit 43 Jahren, Aktivisten zum Schweigen zu bringen und durch falsche Anschuldigungen als Kriminelle darzustellen.*

*Eine kritische Stimme ist der größte Dorn im Auge der Machthaber. Nicht viele sind bereit ihr Leben zu riskieren, um die massiven Menschenrechtsverletzungen des Islamistischen Regimes publik zu machen. Mein Vater wird nun dafür bestraft, weil er sein Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit seit Jahren dafür benutzt hat. Ich bitte alle freiheitsliebenden Menschen darum, sich uns anzuschließen und gemeinsam gegen die Verfolgung und Terrorisierung politischer Aktivisten, gegen internationale Entführung, gegen brutale Scheinprozesse, gegen Geiseldiplomatie, und vor allem gegen die Todesstrafe zu stehen. Mein Vater soll sterben! Wenn wir heute nicht dagegen kämpfen, verlieren wir ihn für immer!*

Bisher haben mehr als 75.000 Personen die [Petition der IGFM zur Rettung von Jamshid Sharmahd](#) unterstützt. Bitte helfen auch Sie.

Weitere Informationen zur Menschenrechtsslage im Iran finden Sie [hier](#):

#### **Quellen:**

<https://www.ifmat.org/07/28/abducted-californian-jamshid-sharmahd-denies-charges-final-court-hearing-iran/>

<https://www.igfm.de/jamshid-sharmahd-todesurteil-gegen-deutsch-iranischen-journalisten-erwartet/>



# Iran: Vier Christen nach Razzia inhaftiert

Sicherheitskräfte im Iran haben vier christliche Konvertiten aus dem Islam nach einer Razzia in einer "Hauskirche" am Sonntag, dem 26. Juni, festgenommen.

Die vier gehörten zu den Teilnehmern eines Gottesdienstes in Neyshabur im Nordosten des Irans.

Ihnen wird vorgeworfen, "durch Propaganda gegen das Regime gegen die nationale Sicherheit zu handeln" und "das Heilige zu beleidigen" (Blasphemie).

Drei der Konvertiten werden im Neyshabur-Gefängnis festgehalten. Der vierte, Gholamreza Keyvanmanesh, wurde in das Vakilabad-Gefängnis im 45 Meilen entfernten Mashhad verlegt.

Der 65-jährige Gholamreza, der in Teheran geboren wurde, aber in Neyschabur lebt, leidet an Krebs. Die Tatsache, dass er keinen Zugang zu Medikamenten hat und den Haftbedingungen ausgesetzt ist, gibt Anlass zur Sorge.

Mindestens acht weitere Christen, die im Anschluss an das Treffen befragt wurden, wurden vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) darüber informiert, dass sie mit einer Vorladung zu einem weiteren Verhör rechnen müssen. Sie mussten unterschreiben, dass sie sich verpflichten, sich nicht mit anderen Christen zu treffen. Bibeln und Mobiltelefone wurden beschlagnahmt und nach zwei Wochen zurückgegeben.

Familienangehörigen der vier inhaftierten Christen, die sich mit dem IRGC in Verbindung gesetzt haben, um über den aktuellen Stand der Dinge informiert zu werden, wurde ebenfalls mit Inhaftierung gedroht.

Farsi (Persisch) sprechende Christen sind Konvertiten aus dem Islam und werden daher nach islamischem Recht als Abtrünnige bestraft. Im Gegensatz zu den historischen armenisch- und assyrischsprachigen christlichen Gemeinschaften ist es ihnen nicht gestattet, Gottesdienste abzuhalten oder frei zu beten.

Farsi sprechende Gemeinden werden regelmäßig überfallen und ihre Mitglieder der Zugehörigkeit zu "illegalen Gruppen" beschuldigt.

Quelle: Barnabas Fund 2. August 2022

# Israel: Dauerhafte Lehlizenz entzogen - Hetze gegen Israel

## Hetze: Sechs Ostjerusalemer Schulen auf Bewährung

Bildungsministerin Jifat Schascha-Biton hat am Donnerstag sechs Schulen in Ostjerusalem die dauerhafte Lehlizenz entzogen. Als Grund gab die Politikerin von der Partei Neue Hoffnung Hetze gegen Israel und gegen die israelische Armee an. Die Schulen nutzten etwa Bücher, in denen der bewaffnete Kampf gegen Israel verherrlicht werde. Die betroffenen Bildungseinrichtungen erhalten nun zunächst eine einjährige Lehlizenz. In diesem Zeitraum müssen sie Änderungen am Lehrplan vornehmen, ansonsten verlieren sie die Lizenz vollständig. (df)

Quelle: Israelnetz.com

# Israel: Medienbericht - Iran verhaftet Baha'i-Anhänger

## Angebliche Spionage für Israel

Der iranische Geheimdienst hat am Montag mehrere Mitglieder der Religionsgruppe Baha'i wegen angeblicher Spionage für Israel verhaftet. Dies berichtet der iranische Staatssender IRIB. Den Gläubigen wird vorgeworfen, dass sie im Auftrag Israels geheime Informationen gesammelt und weitergeleitet haben. Außerdem sollen sie in Kindergärten und Schulen Missionsarbeit für ihre Religion betrieben haben. Im Iran ist die mystisch geprägte Baha'i-Religion nicht anerkannt und darf nicht praktiziert werden. Noch ist unklar, ob die verhafteten Baha'i-Anhänger gerichtlich verurteilt werden. (joh)

Quelle: israelnetz.de

# Japan: Bischöfe fordern Abschaffung der Todesstrafe

## Todesstrafe ist ein Angriff auf die Würde eines Menschen

Tokio (IDEA) – In Japan haben mehrere katholische Bischöfe die Abschaffung der Todesstrafe gefordert. Das berichtet der katholische Pressedienst „Ucanews“. Hintergrund ist die Hinrichtung eines Mörders am 26. Juli. Tomohiro Kato (39) war wegen der Tötung von sieben Menschen bei einem Messerangriff in Tokio im Jahr 2008 gehängt worden. Die Todesstrafe sei ein Angriff auf die Unverletzlichkeit und Würde eines Menschen und daher inakzeptabel, heißt es in einem Brief der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der japanischen katholischen Bischöfe an Premierminister Fumio Kishida und Justizminister Yoshihisa Furukawa. Der Vorsitzende der Kommission, Bischof Wayne Francis Berndt (Naha), verwies ferner auf die Junta in Myanmar, die zuletzt vier politische Gefangene hingerichtet hatte. Die japanische Regierung hatte dies verurteilt und sich besorgt darüber geäußert, dass die Hinrichtungen zu einer weiteren Isolierung Myanmars in der internationalen Gemeinschaft führen könnte. „Wir sind jedoch ernsthaft besorgt“, so die Kommission, dass die japanische Regierung den gleichen Schritt der Gewalt unternommen habe, der zur Abwertung des internationalen Status von Japan führen könnte, heißt es in dem Schreiben. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sprachen sich gegen die Hinrichtung aus. Japan ist eines von 84 Ländern, in denen es die Todesstrafe gibt. Rund 67 Prozent der 126 Millionen Einwohner sind Buddhisten und Shintoisten (meist beides gleichzeitig). Die Zahl der Christen liegt bei unter einem Prozent.

# Katar: Gewaltverherrlichende antichristliche Inhalte in Schulbücher

International Christian Concern - Der jüngste Bericht des Instituts zur Beobachtung von Frieden und kultureller Toleranz in der Schulbildung (IMPACT-se) bewertet die Veränderungen in den katarischen Schulbüchern, nachdem es bereits 2020 festgestellt hatte, dass der Lehrplan die Religionsfreiheit nicht förderte. Die Bewertung der Schulbücher für die Jahre 2021-2022 ergab eine langsame, aber positive Veränderung, auch wenn noch erhebliche Verbesserungen erforderlich sind, um mit internationalen Standards zu harmonisieren.

In den letzten Ausgaben wurden vor allem antisemitische Inhalte und einige antichristliche Inhalte entfernt. Allerdings wird nach wie vor gegen "Ungläubige" und Nicht-Muslime polemisiert und den Schülern davon abgeraten, sich mit ihnen anzufreunden, und es wird für eine gewalttätige Auslegung des Dschihad geworben.

Antichristliches Material, das laut IMPACT-se-Bericht entfernt wurde, konzentrierte sich weitgehend auf Schulbücher der Klasse 12. Eine Aussage, die entfernt wurde, besagte, dass die Christianisierung als "politische und koloniale Bewegung" eine große Bedrohung darstelle, insbesondere in Afrika. Außerdem wurde eine Übung in arabischer Sprache entfernt, in der ein Vers aus dem Koran verwendet wurde, der extreme Gewalt gegen Juden und Christen beschreibt.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Kongo: Freiheiten unter Beschuss

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) ist zu etwa 92 % christlich und zu weniger als 2 % muslimisch. Der fundamentalistische Islam, der die Scharia und den Dschihad befürwortet, fasst jedoch im Nordosten des Landes immer mehr Fuß. Neben Massakern und Zerstörungen betreiben die Islamisten eine intensive Missionierung, wobei auch einige Christen entführt und zum Übertritt gezwungen wurden. Verärgerte ethnische Gruppen werden mit dem Versprechen gelockt, dass der Islamische Staat für sie kämpfen wird, wenn sie zum Islam konvertieren. Der Kongo, der seit langem von einer unfähigen Regierung geprägt ist, braucht das Gebet. Dies wurde deutlich, als 24 Dorfbewohner in der nordöstlichen Provinz Kivu von islamistischen Kämpfern getötet wurden. In der Nachbarprovinz Ituri fanden kongolesische Soldaten weitere 17 Leichen, bei denen es sich ebenfalls um Opfer von Angreifern des Islamischen Staates handelt. Sowohl über Ituri als auch über Nord-Kivu wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Quelle: Religious Liberty/Barnabas Fund/ übersetzt und bearbeitet AKREF

# Libanon: Die Krisen bleiben, die Hoffnung aber auch

Zwei Jahre sind seit der Explosion im Hafen von Beirut vergangen. Das Missionswerk Coworkers, das mit einheimischen christlichen Organisationen im Libanon zusammenarbeitet, hat für IDEA einen Gastbeitrag über die Lage im Land verfasst.

Seit über drei Jahren wird der Libanon von einer Reihe von Krisen heimgesucht. Ab 2019 von einer Wirtschafts- und Finanzkrise, dann Anfang 2020 von COVID-19 und schließlich von der Explosion im Hafen von Beirut am 4. August 2020. Vor genau zwei Jahren erschütterte die Detonation das Land. 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat explodierten. Dieses Ereignis forderte über 200 Menschenleben. Rund 6.500 Menschen erlitten Verletzungen und Hunderttausende wurden wohnungslos. Die Nachwirkungen und Spuren der tragischen Explosion sind weiterhin sichtbar. Am 31. Juli 2022 ereilte das Land nun ein neuer Rückschlag: Im Hafen von Beirut stürzte ein Teil der durch die Explosion beschädigten Getreidesilos in einer gewaltigen Staubwolke ein. Zuvor war ein wochenlanges Feuer durch in der Sommerhitze entflammtes Getreide ausgelöst worden. In den Türmen lagerten rund 3.000 Tonnen Weizen und Mais. Nach offiziellen Angaben konnte nichts davon gerettet werden, da dies den Einsturz beschleunigt hätte.

## Die Krise verschlimmert sich

Neben der menschlichen Tragödie hatte die Explosion im Hafen von Beirut auch nationale Auswirkungen, die die langfristigen strukturellen Schwächen des Libanon noch verschlimmern. Der Wert der heimischen Währung hat seit Januar 2022 um weitere 15 Prozent abgenommen. Die Inflation im Land gehört zu den höchsten weltweit. Dies führt zu einem alarmierenden Anstieg der Preise für Lebensmittel, Treibstoff, Medikamente und andere Grundbedürfnisse. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen verschärfen die Herausforderungen für den Libanon, insbesondere angesichts der lebenswichtigen Importe von Weizen und Öl. Politisch gesehen waren die Wahlen vom 15. Mai 2022 ein Hoffnungsschimmer inmitten düsterer Vorhersagen für die Zukunft. Dreizehn unabhängige Kandidaten, die als „Opposition des Wandels“ bezeichnet werden, wurden in das 128-köpfige Parlament gewählt. Signifikante Veränderungen der politischen Probleme hat die Wahl bisher allerdings noch nicht bewirkt. Aufgrund der instabilen Lage verlassen junge Menschen und Fachkräfte aus verschiedenen Sektoren, insbesondere dem Gesundheitswesen, das Land.

## Christen verbreiten Hoffnung

Doch inmitten dieser Krisenherde wächst die Kirche, bietet Hilfe an und leuchtet in der Dunkelheit mit bedingungsloser Liebe und Mitgefühl. Ein Projektpartner von Coworkers berichtet, dass mehr Menschen, sowohl Geflüchtete als auch Einheimische, Gott suchen und im Glauben gestärkt werden. Grund zur Dankbarkeit ist, dass insbesondere junge Erwachsene Teil dieser Glaubensbewegung sind. Der Libanon braucht unser Gebet: Dass sich Dinge politisch und wirtschaftlich zum Positiven entwickeln. Dass die Christen weiter Hoffnung verbreiten können. Und dass es trotz – oder gerade wegen – der schwierigen Situation und des Mangels offene Herzen für Jesus gibt.

Coworkers ist die Dachmarke von Hilfe für Brüder, Christliche Fachkräfte und Co-Workers International. Durch finanzielle Unterstützung von Christen vor Ort und durch die Entsendung von Fachkräften, Freiwilligen und Studenten setzt Coworkers sich dafür ein, dass Menschen im Leben und Glauben unterstützt, befähigt und ermutigt werden.

# Nepal: Pastor Keshav in der Berufung verurteilt

IIRF-D/JCNL/Tübingen/30.07.22 - Am 13. Juli wurde Pastor Keshav Raj Acharya von der Abundant Harvest Church in Pokhara im Berufungsverfahren zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Zuvor, im November 2021, wurde er wegen "versuchter Konvertierung" zu zwei Jahren Haft verurteilt ([wir berichteten](#)).

Pastor Keshav wurde erstmals am 23. März 2020 verhaftet. Berichten zufolge hatte er in einer Videoaufnahme erklärt, dass Gott auch COVID-19 heilen kann. Die Äußerung erfolgte angeblich als Antwort auf die Bitte, für eine kranke Person zu beten. Der geistliche Führer war sich jedoch nicht bewusst, dass eine Videoaufzeichnung der Erklärung ohne seine Zustimmung auf YouTube veröffentlicht worden war. Als er den Patienten zu sich nach Hause zum Gebet einlud, wurde Pastor Keshav von zwei Polizisten konfrontiert, die an der Tür standen und ihn beschuldigten, "Fehlinformationen" zu verbreiten.

## Rechtswidrig

Bei einer kürzlichen Anhörung machte der Anwalt von Pastor Keshav geltend, dass die Verurteilung rechtswidrig sei, weil Polizei und Justiz nicht das ordnungsgemäße Gerichtsverfahren eingehalten hätten. Seiner Ansicht nach war die Verhaftung ein klarer Verstoß gegen die in Nepal geltende Strafprozessordnung (CPC). Solange ein Strafverfahren beim Gericht anhängig ist und noch kein Urteil ergangen ist, dürfen die Behörden nicht mit dem Freiheitsentzug fortfahren, wie es bei Pastor Keshav dreimal der Fall war. Nach den ersten beiden Verhaftungen wurde Pastor Keshav gegen Kautionsfreilassung, doch nach der dritten Verhaftung wegen desselben "Vergehens" konnte er erst nach drei Monaten, Ende Juni 2020, wieder mit seiner Familie zusammengeführt werden.

Trotz der Schwierigkeiten ist die Familie von Pastor Keshav, zu der auch zwei kleine Kinder gehören, dankbar für die Gebete und die anhaltende Unterstützung, die sie in dieser schwierigen Zeit erhalten hat. Neben der emotionalen Belastung steht die Familie des Pastors auch vor finanziellen Herausforderungen. Die Einkommensverluste haben unter anderem dazu geführt, dass sie das Kirchengebäude, in dem sie ihre Treffen abhielten, verlassen mussten..

## Rechtsprechung

Der Fall von Pastor Keshav ist der erste offizielle Fall, in dem eine Person auf der Grundlage der kürzlich verabschiedeten "Anti-Konversionsgesetze" verurteilt wurde. Dies ist ein wichtiger Präzedenzfall für Nepal, weshalb die Jubilee Campaign auf eine angemessene Verteidigung drängt. Nach der Einführung neuer Rechtsvorschriften bestimmen die Gerichte, wie die Gesetze letztendlich auszulegen sind. Dadurch wird eine Rechtsprechung geschaffen, auf deren Grundlage künftige Fälle geprüft werden. Kurz gesagt, es geht nicht nur um Pastor Keshav, sondern um alle Christen, die in Nepal in Zukunft auf der Grundlage dieses Gesetzes verfolgt werden..

In einer kürzlich von Voice for Justice veröffentlichten Erklärung stellt der Vorsitzende Joseph Jansen zu Recht fest, dass es illegal und unethisch ist, jemanden zu zwingen, seine Religion zu wechseln. Im Fall von Pastor Keshav ist dies jedoch absolut nicht der Fall. Er betete für seine Gemeinde und sagte, dass Jesus Christus die Macht hat, Menschen von Krankheiten zu heilen. Die Äußerungen, die er von der Kanzel oder in persönlichen Gesprächen macht, fallen eindeutig unter die Religions- und Glaubensfreiheit. Der Zuhörer hat die volle Freiheit, sich den Ideen des geistlichen Führers anzuschließen oder sie zu ignorieren. Auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen über Menschenrechte und insbesondere über Religionsfreiheit kann gesagt werden, dass dieses Gerichtsurteil in Nepal inakzeptabel ist.

"Für Hindu-Extremisten ist die Einführung und Umsetzung der strengen nepalesischen Anti-Konversionsgesetze eine mächtige Waffe zur Verfolgung christlicher Geistlicher. Wir müssen daher die nepalesischen Behörden weiterhin auffordern, die Religionsfreiheit zu gewährleisten", so Joseph Janssen.

## Dankbar

Das Team der Jubiläumskampagne bittet Sie, weiterhin für Pastor Keshav und seine Familie zu beten. Wir sind dankbar für die laufenden Spenden, die es uns zusammen mit der Alliance Defending Freedom (ADF) ermöglichen, der Familie in dieser schwierigen Zeit weiterhin Rechtsbeistand und Unterstützung zu bieten.

Quelle: <https://mailchi.mp/jubileecampaign/pastor-keshav-in-hoger-beroep-veroordeeld?e=9c5349739>



## Nepal: Update über Pastor Keshab

(AVC) Wie wir vor rund sechs Monaten berichtet haben, wurde Pastor Keshab Raj Acharya von der Abundant Harvest Church in Nepal am 22. November 2021 verhaftet, weil er für Heilung von Kranken gebetet hatte. Ihm wird zur Last gelegt, auf andere Menschen Druck ausgeübt zu haben, sich zum christlichen Glauben zu bekehren. Mitte Juli wurde der Pastor Keshab zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Fall wird im September vor dem Obersten Gerichtshof in Kathmandu wieder aufgerollt.

Bitte betet für die Freilassung des Pastors und dass genügend Geld zusammenkommt, damit er die Verteidigung bezahlen kann.

# Nigeria: Sieben Christen bei islamistischem Anschlag getötet

Bei einem Angriff mutmaßlicher Fulani-Terroristen im Bundesstaat Plateau wurden am Sonntag, den 31. Juli, sieben Christen getötet.

Bewaffnete Männer eröffneten das Feuer, als sie gegen 21 Uhr in die Gemeinde Danda Chugwi in der Jos South Local Government Area eindrangen.

Der nationale Pressesprecher der Berom Youth Moulders Association, Rwang Tengwong, bestätigte, dass sieben Personen aus zwei Familien am Tatort erschossen wurden. "Die beiden Personen, die Schussverletzungen erlitten haben, wurden zur sofortigen medizinischen Behandlung ins Krankenhaus gebracht", fügte er hinzu.

Tengwong verlas die Namen der drei Erwachsenen und vier Kinder, die getötet wurden: Pam Gyang Dawho, 59 Jahre alt, Nvou Pam Gyang, 43, Jah Dung Pam, 50, Ruth Gyang Bot, 16, Chundung Pam Gyang, 9, Mercy James Gyang, 12 und Benjamin Pam Gyang, 5.

Bei den beiden Verletzten handelt es sich um eine 40-jährige Frau, Lyop John Dung, und ein 4 Monate altes Baby, David Pam Gyang, der bei dem Angriff seine rechte Hand verlor.

Musa Bagos, Mitglied des Repräsentantenhauses für Jos South, besuchte die Gemeinde am nächsten Tag, um den Hinterbliebenen sein Beileid auszusprechen, an der Beerdigung der sieben Opfer teilzunehmen und die Verletzten im Krankenhaus zu besuchen. Bagos bezahlte auch die Arztrechnungen der Verletzten.

Quelle: Barnabas Fund 2. August 2022 übersetzt und bearbeitet AKREF

# Nordkorea: Versorgungslage wird als katastrophal eingeschätzt

(AVC) Seit der Grenzschließung haben wir etliche Gesuche zur Einfuhr von Mehl eingereicht, um die Brötchen für 10 000 Kinder zu backen. Bisher gab es keine positive Reaktion. Die Lage im Land muss katastrophal sein. Der Betrieb der Sojamilchfabrik konnte bis jetzt aber noch aufrechtgehalten werden.

Bitte betet, dass wir Mehl einführen können.

# Sudan: 4 christliche Konvertiten angeklagt

## wegen Apostasie nach einem zuvor abgeschafften Gesetz

Vier sudanesischen Gläubigen mit muslimischem Hintergrund wurden auf der Grundlage eines zuvor abgeschafften Gesetzes der Apostasie angeklagt.

Die Anklage stützt sich auf Artikel 126 des sudanesischen Strafgesetzbuchs, der den Abfall vom Islam verbietet. Auf Abtrünnigkeit stand nach diesem Artikel die Todesstrafe.

Artikel 126 wurde jedoch im Jahr 2020 im Rahmen eines Reformpakets zur Wahrung des Grundsatzes der Religionsfreiheit abgeschafft.

Die vier jungen Männer wurden nach einer Razzia in ihrer Kirche in Zallingei, Darfur, am 22. Juni 2022 verhaftet. Sie wurden alle verhört und geschlagen, bevor sie wieder freigelassen wurden.

Die Behörden beschlagnahmten auch Bibeln und technische Geräte der Kirche.

Am 28. Juni wurden die vier christlichen Konvertiten auf die Polizeistation zurückgerufen, um ihre Sachen abzuholen. Sie wurden weiter befragt und der Apostasie angeklagt.

Die Männer sind derzeit untergetaucht, während sie auf einen Gerichtstermin warten. Die Häuser einiger ihrer Verwandten und das Kirchengebäude wurden von Extremisten angegriffen.

Artikel 126 besagt, dass der Straftatbestand der Apostasie (riddah) erfüllt ist, wenn eine Person "die Abkehr vom Islam propagiert oder sich öffentlich durch ausdrückliche Worte oder eine eindeutige Handlung von ihm lossagt".

Dem Täter wird dann vom Gericht eine Frist zur Buße gesetzt, und wenn er oder sie nicht erst vor kurzem zum Islam konvertiert ist und auf seiner Abkehr vom Islam besteht, wird die Todesstrafe verhängt. Die Todesstrafe kann noch aufgehoben werden, wenn die Person Reue zeigt.

### Dieser Artikel wurde im Juli 2020 abgeschafft.

Der damalige Justizminister Nasredeen Abdulbari sagte: "Wir haben den Artikel 126 des sudanesischen Strafgesetzes aufgehoben und die Religionsfreiheit sowie die Gleichheit der Bürger und die Rechtsstaatlichkeit sichergestellt."

Abdulbari wurde im Oktober 2021 durch einen Militärputsch von seinem Amt als Justizminister enthoben. Im Juni 2022 erließ die neue Regierung einen Haftbefehl gegen ihn.

Unter der islamistischen Regierung von Präsident Omar al-Bashir (der von 1989 bis 2019 regiert) wurden Christen heftig verfolgt. Die Abschaffung des Apostasiegesetzes war Teil mehrerer Reformen, die von der 2019 an die Macht gekommenen Übergangsregierung eingeführt wurden, darunter die formelle Trennung von Religion und Staat. Die offensichtliche Wiedereinführung des Apostasiegesetzes scheint die Befürchtung zu bestätigen, dass der Staatsstreich von 2021 diese Reformen rückgängig machen und die Verfolgung von Christen und anderen Nicht-Muslimen wieder aufnehmen würde.

Quelle: Barnabas Fund 2. August 2022

### Im Folgenden ein Kommentar von Barnabas Fund:

Rückkehr zum Islamismus?

Die strafrechtliche Verfolgung von vier christlichen Konvertiten auf der Grundlage eines vor zwei Jahren abgeschafften Apostasiegesetzes scheint die Befürchtungen zu bestätigen, dass die Regierung im Sudan zum Islamismus zurückkehrt.

Die vier jungen Männer wurden gemäß Artikel 126 des sudanesischen Strafgesetzbuchs der Apostasie vom Islam angeklagt und könnten nun im Einklang mit der Scharia (islamisches Recht) mit der Todesstrafe belegt werden.

Das sudanesischen Apostasiegesetz wurde im Juli 2020 von der reformorientierten Regierung von Premierminister Abdalla Hamdok abgeschafft. Zwei Monate später hat die Regierung die Trennung von Religion und Staat formalisiert.

Die Republik Sudan erlangte 1956 ihre Unabhängigkeit von der gemeinsamen britischen und ägyptischen Herrschaft und übernahm eine Kombination aus Scharia und englischem Common Law. Im Jahr 1983 führte der damalige Herrscher des Sudan, Oberst Jaafar Nimeiri, die Scharia ein und erklärte den Sudan zu einem islamischen Staat.

Unter Präsident Omar al-Bashir (der den Sudan von 1989 bis 2019 regierte) wurde die Scharia mit aller Härte durchgesetzt, und die christliche Bevölkerungsmehrheit (schätzungsweise 3 % der Bevölkerung) litt unter heftiger Verfolgung. Durch ein 1991 verabschiedetes Strafgesetz wurde der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion offiziell mit dem Tod bestraft.

Der Sudan ist eines der wenigen Länder der Neuzeit, in denen die Todesstrafe für Apostasie vollstreckt wurde. Im Jahr 1985 wurde ein islamischer Theologe, Mahmoud Mohammad Taha, wegen Apostasie verurteilt, weil er für eine liberalere Auslegung der Scharia plädierte. 1994 wurden zwei Christen aus einer Stammesgruppe, die Anfang der 1970er Jahre vom Islam konvertiert war, durch Kreuzigung hingerichtet.

Die Reformen, die die Übergangsregierung nach dem Sturz von al-Bashir im April 2019 durchführte, weckten Hoffnungen, dass sich der Sudan auf eine, wie ein sudanesischer Kirchenführer es ausdrückte, "neue Ära" zubewegt.

Islamistische Gruppen reagierten jedoch mit Aufrufen zum Sturz der neuen Regierung und bezeichneten die Reformen als "Krieg gegen die Tugenden". Die neue Regierung wurde im Oktober 2021 durch einen erneuten Militärputsch entmachtet.

Nun scheint es, dass die Reformen, die das Leben der Christen - und insbesondere der Gläubigen mit muslimischem Hintergrund - verbessert hatten, wieder rückgängig gemacht werden.

Wir müssen auch daran denken, dass sich die Umstände hier ändern, zum Guten oder zum Schlechten. Scheinbare Erfolge können schnell wieder zunichte gemacht werden, und irdische Hoffnungen werden schnell enttäuscht. Aber unser Herr ist unveränderlich - er ist derselbe gestern, heute und in Ewigkeit, und niemand kann uns aus seiner Hand reißen ([Hebräer 13,8](#); [Johannes 10,28](#)).

Quelle: Barnabasfund

# Türkei: Islamistische Indoktrination im Bildungswesen

International Christian Concern - In der Türkei wirbt ein in öffentlichen Schulen weit verbreitetes Religionskundebuch für die zwölfte Klasse für den bewaffneten Dschihad. Das Buch, die Ausgabe 2019 von *Fundamentals of Islam's Religious Beliefs* (Grundlagen der religiösen Überzeugungen des Islam), behauptet, dass der bewaffnete Dschihad eine notwendige Praxis für alle Muslime ist und dass die Gegner des Islams heute das Konzept des bewaffneten Dschihad verleumden, indem sie es mit "schlechten Beispielen" in Verbindung bringen. Das Buch geht jedoch schockierenderweise nicht auf die bekanntesten Beispiele für den bewaffneten Dschihad im 21. Jahrhundert ein, wie etwa den Terrorismus der Al-Qaida, des Islamischen Staates oder anderer, die die Idee des Dschihad als Waffe einsetzen, um die Tötung und den Missbrauch Unschuldiger zu rechtfertigen.

Anstatt sich mit dem bewaffneten Dschihad von Terrorgruppen zu befassen, preist das Buch den bewaffneten Dschihad der osmanischen Gründerväter an. Das Buch lehrt die Schüler, dass ebenso wie die osmanischen Gründerväter bereit waren, ihr Leben für die Sache des Dschihad hinzugeben, auch jeder Muslim heute dem Dschihad hingegeben sein muss. Insgesamt ist dieses Religionskundebuch eine klare Bekundung der politischen Ideologie des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner Partei.

Ähnlich besorgniserregende Inhalte und Botschaften finden sich laut Nordic Monitor aber nicht nur in diesem Schulbuch für die zwölfte Klasse, sondern auch in anderen weit verbreiteten Büchern. Die Geschichtsbücher der zwölften Klasse in der Türkei lassen objektive Genauigkeit außer Acht, indem sie alle Nationen in der Europäischen Union als christlich bezeichnen, und sind ausgesprochen antiamerikanisch und EU-feindlich, indem sie beispielsweise eine stark politisierte Darstellung des Kriegs der Vereinigten Staaten gegen den Terrorismus propagieren, der mit radikalislamischen Terroristen sympathisiert. In einer pauschalen Aussage heißt es in einem dieser Bücher ausdrücklich: "Die USA wurden durch ihr Verhalten nach dem 11. September zur Hauptursache für Probleme in der Welt."

Überhaupt sind viele dieser besorgniserregenden Botschaften in letzter Zeit in das öffentliche Bildungssystem der Türkei eingeführt worden. Diese Änderungen sind Teil eines Projekts von Präsident Erdogan, um die Ansichten und die Agenda seiner Partei zu fördern. Vor diesen Schulbuchänderungen wurden Zehntausende von Lehrern aus den öffentlichen Schulen und Universitäten entfernt, um den Weg für diese Revolution im Bildungswesen zu ebnen. In der Tat ist in der Türkei ein umfassendes Programm der Indoktrination im Gange.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# USA: Der Kampf um die Abtreibungsgesetze geht weiter

## Immer mehr Staaten ändern ihre Regelungen

Washington (IDEA) – In mehreren US-Bundesstaaten laufen derzeit Verfahren zur Einführung strengerer oder liberalerer Abtreibungsgesetze. Hintergrund ist die Aufhebung des abtreibungsfreundlichen Grundsatzurteils „Roe v. Wade“ durch den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten am 24. Juni. In Kansas hatte die republikanische Regierung einen entsprechenden Verfassungszusatz mit dem Titel „Value them both“ (Beide wertschätzen) erarbeitet. Wie die Internetplattform Christian Post berichtet, sollte darin festgeschrieben werden, dass es in Kansas kein Recht auf die Durchführung oder die staatliche Finanzierung vorgeburtlicher Kindstötungen gebe. Das hätte der Regierung die Möglichkeit gegeben, ein Abtreibungsverbot einzuführen. Im Vorfeld der Abstimmung war es zu einem Übergriff auf eine Lebensrechtsaktivistin gekommen. Die 18-jährige Grace Hartstock wurde am 31. Juli von einer 37-jährigen Frau geschlagen, als sie von Haus zu Haus ging, um für den Verfassungszusatz zu werben. Die mutmaßliche Täterin wurde später verhaftet und wegen Körperverletzung angeklagt. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmte nun bei einem Referendum am 2. August gegen die Aufnahme des Zusatzes. Es votierten 41,2 Prozent für die Ergänzung der Verfassung und 58,8 Prozent dagegen. Vorgeburtliche Kindstötungen bleiben in dem Bundesstaat damit weiterhin bis zur 22. Schwangerschaftswoche legal.

## Idaho: Justizminister verklagt den Bundesstaat

In Idaho soll am 25. August ein generelles Abtreibungsverbot in Kraft treten. Ausnahmen wären nur bei einer Gefährdung des Lebens der Mutter, bei Inzest oder einer Vergewaltigung zugelassen. Die Schwangeren selbst sind von der Strafverfolgung jedoch ausgenommen. Der US-amerikanische Justizminister Merrick B. Garland hat inzwischen Klage gegen den Bundesstaat eingereicht. Garland erklärte am 2. August in Washington, dass das neue Gesetz im Widerspruch zum Bundesrecht stehe und dem Arzt die Durchführung einer Abtreibung auch dann untersage, wenn sie zur Behandlung medizinischer Notfälle erforderlich sei. Wenn ein Arzt die Abtreibung dennoch vornehme, müsse er beweisen können, dass das Leben der Mutter gefährdet sei, um keine strafrechtliche Verfolgung zu fürchten.

## Florida: Mehrere Geistliche klagen wegen des neuen Abtreibungsgesetzes

In Florida ist am 1. Juli ein neues Gesetz in Kraft getreten, das vorgeburtliche Kindstötungen nach der 15. Schwangerschaftswoche verbietet. Ausnahmen sind nur bei lebensbedrohlichen medizinischen Notfällen oder schweren Missbildungen erlaubt. Mehrere Geistliche unterschiedlicher Religionen haben nun laut Informationen der Washington Post den Bundesstaat auf Verletzung ihrer Religionsfreiheit verklagt. In ihren am 1. August getrennt eingereichten Klagen argumentieren die sieben Geistlichen (zwei christliche Pfarrer, drei Rabbiner sowie jeweils ein buddhistischer und ein Geistlicher der unabhängigen Unitarian Universalist Association), die neue Regelung beeinträchtige ihre Möglichkeiten, Schwangere zu beraten. Das Gesetz führe „zu einer verhängnisvollen Überhöhung der Rechte von Föten, während gleichzeitig die Lebensqualität und die Gesundheit der schwangeren Frau“ ignoriert würden.

## Massachusetts: Blankoscheck für Planned Parenthood

In Massachusetts hat der innerhalb seiner Partei als liberal geltende republikanische Gouverneur Charlie Baker dagegen am 29. Juli ein Gesetz unterzeichnet, das unter anderem ein Recht auf Abtreibungen festschreibt. Das christliche „Massachusetts Family Institute“ (Wakefield) hatte im Vorfeld vergeblich an den Gouverneur appelliert, seine Unterschrift zu verweigern. Das Parlament habe Planned Parenthood (Geplante Elternschaft) – der größten Abtreibungsorganisation in den Vereinigten Staaten – mit der Verabschiedung des Gesetzes „einen Blankoscheck“ ausgestellt. Der Präsident des Instituts, Andrew Beckwith, kritisierte, dass damit auch Spätabtreibungen erlaubt würden, wenn ein Arzt zu den Schluss komme, dass ein Kind außerhalb des Mutterleibs kein „erfülltes Leben“ haben werde. Diese Entscheidung werde zudem nicht von einem medizinischen Gremium überprüft.

# USA: „Entgleisung“: ZDF-Journalist spricht von „Talibanisierung Amerikas“

**Der CDU-Politiker Hubert Hüppe kritisiert Elmar Theveßen scharf**

Lautertal (IDEA) – Unentschuldigbar, zynisch, Hetze: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe (Unna) hat den Kommentar eines ZDF-Journalisten mit scharfen Worten kritisiert. Hintergrund ist die Aufhebung des abtreibungsfreundlichen Grundsatzurteils „Roe vs. Wade“ am 24. Juni: Künftig werden die Abtreibungsrechte, sofern der US-Kongress nicht tätig wird, von den Bundesstaaten festgelegt. Der Leiter des ZDF-Studios Washington, Elmar Theveßen, hatte diese Entscheidung in einem Kommentar auf zdf.de als „Talibanisierung Amerikas“ bezeichnet, weil das Urteil des Obersten Gerichtshofes weit über den Verzicht auf eine einheitliche Bundesregelung hinausgehe. Für Erzkonservative sei das Abtreibungsrecht nur der Anfang, so Theveßen. In einigen US-Landkreisen würden bereits „Bücher über den Holocaust, über den Rassismus in den USA und die Auswüchse des christlichen Fundamentalismus“ verboten. Theveßen weiter: „Was bitteschön unterscheidet diese menschenverachtenden und scheinheiligen Ideologen noch von den Taliban? Nicht mehr allzu viel.“

**Hüppe: Eine solche Berichterstattung ist unseriös und tendenziös**

Hüppe reagierte darauf am 26. Juli im Interview mit dem Blog „1600 Pennsylvania“ (Lautertal) entsetzt: Das sei eine „unentschuldbar zynische Entgleisung“, die er nur als Hate Speech (Hassrede) bezeichnen könne, sagte Hüppe: „Die Wiederherstellung des Rechts auf Leben mit den Verbrechen der Taliban zu vergleichen, zeigt wie unseriös und tendenziös die Berichterstattung in Deutschland ist.“ Es sei ein Skandal, dass man im öffentlich-rechtlichen Rundfunk so eine Hetze verbreiten dürfe: „Leider ist er da nicht allein.“ Hüppe – früherer Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (2009–2013) – ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Christdemokraten für das Leben (CDL).

**Amnesty International: Frauen sterben unter den Taliban einen „Tod in Zeitlupe“**

Afghanistan steht auf Platz eins im Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim). Seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 hat sich die Situation für religiöse und ethnische Minderheiten sowie Frauen stark verschlimmert: In einem am 27. Juli veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (London) heißt es, Frauen stürben einen „Tod in Zeitlupe“. Die Taliban zerstörten das Leben von Mädchen und Frauen. Mädchenschulen seien geschlossen worden, Frauen aus Berufen verdrängt und es habe einen sprunghaften Anstieg bei Kinder- und Zwangsverheiratungsraten gegeben. Frauen, die friedlich gegen diese repressiven Regeln protestierten, seien bedroht, verhaftet, inhaftiert und gefoltert worden oder verschwunden, beklagt Amnesty.



# Usbekistan: Haftstrafe wegen Lesens von religiöser Literatur und Glaubensverbreitung

AKREF-A/30.07.22 - Am 23. Juni 2022 verurteilte ein Gericht in der Region Buchara den Muslim Bobirjon Tukhtamurodov zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und einem Monat, die in einem Arbeitslager gewöhnlichen Regimes zu verbüßen sind. Grund der Verurteilung war, dass er zwischen 2006 und 2010 in Gemeinschaft mit einer Gruppe die Werke des verstorbenen türkischen islamischen Theologen Said Nursi studierte. Auf diese Strafe wurde die Zeit angerechnet, die er im russischen Exil in Haft verbracht hatte, so dass noch viereinhalb Jahre verbleiben.

Tukhtamurodov war 2010, als es zu einer Verhaftungswelle und zahlreichen Verurteilungen anderer Leser der Werke Nursis kam, wovon auch sein Bruder betroffen war, nach Russland geflohen. Im Februar 2022 erhielt er einen Ausreisebefehl. Obwohl die usbekischen Behörden zugesichert hatten, dass er im Falle der Rückkehr nicht verhaftet würde, wurde er bei seiner Ankunft am Flughafen Taschkent am 11. April festgenommen.

Der zuständige Richter Akrom Rakhimov erklärte gegenüber Forum 18, dass Tukhtamurodov verurteilt wurde, weil er nicht nur Literatur gelesen, sondern seine Glaubensüberzeugungen verbreitet hätte und dazu mit anderen zusammengetroffen wäre. Auf die Frage, weshalb er für die Ausübung seiner Religions- bzw. Glaubensfreiheit bestraft werden sollte, antwortete der Richter „Ich habe das alles im Urteil festgehalten. Wenn er mit der Entscheidung nicht zufrieden ist, kann er Berufung einlegen.“

Der 47 Jahre alte Gewissensgefangene Tukhtamurodov möchte keine Berufung einlegen. Ein Freund Tukhtamurodovs erklärte: „Er glaubt, dass es keinen Sinn hat, zu berufen. Er fürchtet auch, dass man seine Strafe hinaufsetzen könnte.“

2016 verbot der Oberste Gerichtshof Usbekistans Nurchilar („Nachfolger Nursis“) sowie 21 andere Organisationen, die als „terroristisch“ eingestuft wurden, obwohl nur einige wenige, wie Al-Qaida und der Islamische Staat international als terroristisch gelten. Fünf UN Sonderberichterstatter haben 2021 gemeinsam den Vorwurf des „Terrorismus“ bzw. „Extremismus“ als Vorwand für die Unterdrückung von friedlichen Minderheitengruppen und ihrer Mitglieder durch die usbekische Regierung kritisiert.

Muslims, die gemeinsam die Bücher Nursis studieren, bestreiten die Existenz einer Organisation wie Nurchilar. Sie versammeln sich üblicherweise in Privatwohnungen, um den Islam zu studieren, wobei einer oder zwei Erläuterungen zu den Werken Nursis geben. Sie beten und essen auch gemeinsam und trinken Tee. Diese informellen Gruppen beantragen für ihre privaten Treffen keine staatliche Erlaubnis.

Vertreter des Innenministeriums Usbekistans behaupten, Tukhtamurodov hätte talentierte junge Menschen für die Bewegung rekrutiert, um sie „gegen das demokratische Regime im Land zu schulen“ und Materialien und Schriften verteilt, die „voller extremistischer Ideen“ seien. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass es in Usbekistan noch nie Wahlen gegeben hat, die von OSZE Beobachtern als frei und fair eingestuft worden wären.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 29. Juli 2022).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]